

## **Informationen gemäß Art. 13 Absatz 1 und Absatz 2 DSGVO aufgrund der Erhebung von personenbezogenen Daten**

Im Zusammenhang mit der Erteilung von Berufserlaubnissen, der staatlichen Anerkennung von Berufsabschlüssen, Gleichwertigkeitsprüfungen oder berufsrechtlichen Verfahren – im Bereich akademischer und nichtakademischer Gesundheitsberufe – werden bei Ihnen personenbezogene Daten erhoben. Bitte beachten Sie hierzu nachstehende Datenschutzhinweise:

### **1. Angaben zum Verantwortlichen**

Verantwortlich für die Datenerhebung ist:

#### **Bezirksregierung Münster**

Domplatz 1-3  
48143 Münster

Telefon 0251/411-0

E-Mail-Adresse: [poststelle@brms.nrw.de](mailto:poststelle@brms.nrw.de)

Internet-Adresse: <http://www.bezreg-muenster.de>

### **2. Angaben zum Vertreter des Verantwortlichen**

Den oben genannten Verantwortlichen vertritt:

Die Regierungspräsidentin/Der Regierungspräsident

Domplatz 1-3  
48143 Münster

Telefon 0251/411-0

E-Mail-Adresse: [poststelle@brms.nrw.de](mailto:poststelle@brms.nrw.de)

### **3. Angaben zum Datenschutzbeauftragten**

Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten lauten:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Bezirksregierung Münster

Domplatz 1-3  
48143 Münster

Telefon 0251/411-0

E-Mail-Adresse: [datenschutz@brms.nrw.de](mailto:datenschutz@brms.nrw.de)

### **4. Angaben zu der Aufsichtsbehörde**

Zuständige Aufsichtsbehörde für den Datenschutz ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen:

Kavalleriestr. 2-4

40213 Düsseldorf

Telefon: 0211/38424-0

Telefax: 0211/38424-10

Email: [poststelle@ldi.nrw.de](mailto:poststelle@ldi.nrw.de)

Internet: [www.ldi.nrw.de](http://www.ldi.nrw.de)

## **5. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung**

Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben, um folgende Verwaltungsaufgaben wahrzunehmen:

- die Bearbeitung von Anträgen auf Erlaubniserteilung,
- die Überprüfung der Gleichwertigkeit von Ausbildungen,
- Kenntnisprüfungsverfahren,
- Fachsprachenprüfungsverfahren,
- Erteilung von Approbationen,
- Ruhen, Widerruf, Rücknahme oder Verzicht von Approbationen,
- Erteilung eines Certificate of good standing,
- Begleitung der Ausbildung und Prüfung,
- Erteilung der Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung Altenpfleger/in, Altenpflegehelfer/in, Pflegefachmann/Pflegefachfrau, Familienpfleger/in,
- die Überprüfung der Würdigkeit und Zuverlässigkeit zur Ausübung des Berufs nach den jeweiligen berufsrechtlichen Gesetzen akademischer Heilberufe,
- die Überprüfung der Angemessenheit von Qualifikationen,
- die Weitergabe von Mitteilungen in Strafsachen und von Beschäftigungsverboten sowie
- die Zahlung von Prüferentgelten.

Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung Ihrer Daten sind:

Art. 6 Abs. 1 lit e) DSGVO i.V. m.

- § 3, 5, 6, 9, 10 BÄO
- § 2, 4, 5, 7 13 ZHG,
- § 4, 6, 7, 8, 10, 11 BAppO,
- § 2, 3, 4 PsychThG
- §§ 1 – 3 PfIBG
- § 15 Abs. 6 WTG NRW i.V.m. § 2 WTG DVO NRW
- §§ 1, 2 AltPflG
- §§ 12, 14, 16 AnFöVO

## **6. Kategorien der verarbeiteten personenbezogenen Daten**

Folgende personenbezogene Daten von Ihnen werden durch das Dezernat 24 der Bezirksregierung Münster verarbeitet:

- Stammdaten wie Name, Vorname, Adresse, Geburtsdatum, Geschlecht, Familienstand, Staatsangehörigkeit,
- Eignungsnachweise wie Polizeiliches Führungszeugnis, ärztliche Bescheinigung, Ermittlungsakten,
- Leistungsnachweise wie Diplome/Zeugnisse/Curricula, Protokolle von Kenntnis-/Sprachprüfung
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen
- Sonstige Erklärungen z.B. Straffreiheitserklärung

## **7. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten (einschließlich des Zwecks der „Übermittlung“, der unter 5. bereits dargestellt ist)**

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an

- das Dezernat 12 (bei Nichtzahlung der Verwaltungsgebühr),
- Gerichtsvollzieher, Amtsgericht zur Beantragung eines Mahnbescheids (bei Nichtzahlung der Verwaltungsgebühr)
- das für Gesundheit zuständige Landesministerium,
- andere Bezirksregierungen,
- Kreise und kreisfreie Städte,
- die Kassenärztliche Vereinigung,
- externe Gutachter,
- die Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe (GfG) bei der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB),
- zur Durchführung der Kenntnisprüfungen Beauftragte,
- LaFin,
- Strafermittlungsbehörden,
- Ärztekammern,
- Zahnärztekammern,
- Apothekerkammern,
- Psychotherapeutenkammer,
- das Bundeszentralregister und
- ggf. das Landesarchiv.

## **8. Absicht Übermittlung an Drittland oder eine internationale Organisation**

Anfragen aus Drittstaaten, ob eine Approbation tatsächlich erteilt wurde, werden in Ausnahmefällen bei vorheriger Vollmachterteilung durch den Antragssteller per Email beantwortet. Grundsätzlich erfolgt nur ein Hinweis auf die Möglichkeit eine Apostille durch Dezernat 21 auszustellen.

Es erfolgt eine Meldung von Daten an Bundeszentralregister und über das Europäische Binnenmarkt-Informationssystem (IMI) bei Widerruf der Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung.

### **9. Dauer der Speicherung bzw. Kriterien für die Festlegung dieser Dauer**

Es erfolgt eine Dauer der Speicherung, solange wie die rechteinhabende Person das Recht ausüben kann (9.4 AktO NRW), mindestens jedoch 30 Jahre ab Antragstellung.

### **10. Rechte der Betroffenen**

Bei Erhebung personenbezogener Daten stehen Ihnen folgende Rechte zu:

- Unter den Voraussetzungen des Art. 15 DSGVO haben Sie ein Auskunftsrecht.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 16 DSGVO haben Sie ein Recht auf Berichtigung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 17 DSGVO haben Sie ein Recht auf Löschung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 18 DSGVO haben Sie ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 20 DSGVO haben Sie ein Recht Übertragung der Daten.
- Unter den Voraussetzungen des Art. 21 DSGVO haben Sie ein Recht auf Widerspruch.

### **11. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde**

Sie haben das Recht, bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Beschwerde einzulegen. Die Kontaktdaten finden Sie unter Punkt 4. dieses Bogens.

### **12. Pflicht zur Bereitstellung der personenbezogenen Daten/ Widerspruchsrecht bei Wahrnehmung einer öffentlichen Aufgabe**

Sie sind zur Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten verpflichtet.

Diese Pflicht ergibt sich aus den unter 5. genannten Rechtsgrundlagen.

Sie haben das Recht, aus Gründen die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen. Ich werde Ihre Daten allerdings dennoch verarbeiten, wenn ich zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen kann, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder wenn die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.